

Umschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **57 (1970)**

Heft 12: **Beiträge zur Schulpsychologie und Erziehungseratung**

PDF erstellt am: **28.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

kannt wird. Beim Mongoloiden und bei einigen angeborenen Stoffwechselstörungen ist dies kurz nach der Geburt schon möglich. Bei allen andern dürfte dies zu Beginn des dritten Lebensjahres sein. Leider hört man aber immer wieder die irrige Ansicht, es genüge, wenn man den Geistesschwachen ab Kindergartenalter speziell fördere.

Auf Grund welchen Verhaltens sollte ein zweijähriges Kind näher untersucht werden? Darauf gibt es eine zwar ungenaue, aber

praktische Antwort. Saß und lächelte ein Kind mit 12 Monaten noch nicht, obschon es körperlich gesund ist, und kann es mit zwei Jahren weder gehen noch sprechen, so sollte es näher untersucht werden. Es sei betont: beobachtet man dies, so heißt das noch lange nicht, daß dieses Kind geisteschwach ist. Es besteht lediglich ein Grund für eine Untersuchung. Nur eine medizinisch und heilpädagogisch-psychologische Abklärung, verbunden mit längerer Beobachtung, werden einige Klarheit schaffen.

Umschau

Der Konkordats-Text liegt vor

sda. Genau ein Jahr, nachdem die Erziehungsdirektorenkonferenz dem Vorstand mit den Vorarbeiten zu einem Konkordat über die Koordination im Schulwesen beauftragt hat, liegt der fertige Entwurf vor. Er wurde den kantonalen Erziehungsdirektoren zur Vernehmlassung zugestellt. Der Vorstand hofft, daß noch in diesem Jahr der vom Plenum gutgeheißene, definitive Konkordats-text zuhanden der Kantone verabschiedet werden kann.

Der Konkordatsentwurf, der von zwei Staatsrechtsprofessoren begutachtet wurde, nimmt auf die regionalen Bedürfnisse und Bedenken Rücksicht. Mit ihm ist ein wichtiger Schritt in der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des schweizerischen Schulwesens getan worden.

Mehr Freizügigkeit beim Studieren

Hochschulrektorenkonferenz für Studierenerleichterungen

sda. Im Mittelpunkt der Frühjahrstagung der schweizerischen Hochschulrektorenkonferenz in St. Gallen stand die Freizügigkeit der Studierenden. Die Rektoren beschlossen, an alle Fakultäten und Abteilungen der schweizerischen Hochschulen Empfehlungen zu richten, die den Übergang von einer Hochschule zur andern erleichtern. Ein «Gastjahr» soll jedem Studierenden einen kurzen Aufenthalt an einer andern Hochschule ermöglichen, ohne daß sich dadurch für ihn Nachteile (Studiendauer) ergeben. Die Freizügigkeit auf der Doktorandenstufe (Nachdiplomstudium) schafft die Möglichkeit, die Studien an jener Hochschule fortzusetzen, an der ein Schwergewicht im betreffenden Fach besteht. Weiter wurden unter anderem behandelt die Ver-

einheitlichung der Immatrikulationspraxis sowie die Weiterführung der Vorbereitungskurse für ausländische Studierende in Freiburg.

Tagung der Universitätsdirektoren

sda. Die Verwaltungsdirektoren und Generalsekretäre der schweizerischen Universitäten tagten vor einiger Zeit in Lausanne, wobei namentlich die Koordination der Prüfung jener Probleme erörtert wurde, denen sich die Universitäten unseres Landes gegenübergestellt sehen.

Die Diskussionen drehen sich um die Schaffung einer einheitlichen Studentenkarte für alle Universitäten, die Zulassung ausländischer Studenten, über den an den deutschen Universitäten herrschenden Numerus clausus und weitere Themen.

Um eine elternunabhängige Studienfinanzierung

An einer Pressekonferenz in Zürich wurde vom Verband der Schweizerischen Studentenschaft die Broschüre «Lausanner Modell, Projekt einer neuen Art der Studienfinanzierung» verteilt. Es handelt sich um eine 142 Seiten starke Schrift, die offenbar als erste einer ganzen Reihe, die der VSS herausgeben will, gedacht ist. Der Sinn dieser Veröffentlichung besteht darin,

das Terrain für eine Volksinitiative vorzubereiten, die zum Ziele hat, eine elternunabhängige Studienfinanzierung zu erreichen. Die Initianten glauben, auf diese Art und Weise auch das Reservoir der begabten Arbeitersöhne und -töchter für das Hochschulstudium besser ausschöpfen zu können, beträgt doch gegenwärtig die Zahl der Studierenden, die aus der Arbeiterschaft stammen, nur 6 Prozent. Das «Lausanner Modell» richtet sich aber nicht nur an Hochschüler, sondern auch an Schüler der Höheren Technischen Lehranstalten, der Sozialschulen, der Schulen für medizinisches Hilfspersonal, der Landwirtschaftlichen Schulen, des 2. Bildungsweges, der Kunst-

gewerbeschulen, Konservatorien usw. Da man aber normalerweise mit dem Studium an diesen Schulen schon vor Beendigung des 20. Lebensjahres beginnt, möchte der VSS das Mündigkeitsalter auf 18 Jahre hinuntersetzen.

Die Initianten des «Lausanner Modells» glauben, es sei einer Demokratie unwürdig, daß junge Leute in einem Zeitpunkt, in dem Gleichaltrige schon im Wirtschaftsprozeß stehen und verdienen, noch die Hand ihren Eltern entgegenstrecken müssen.

Es schwebt ihnen deshalb ein Vertrag mit einer zu errichtenden Stiftung vor, worin sich die Studenten verpflichten, außerhalb der Schul- bzw. Studienzeiten kein Einkommen zu beziehen, das größer ist als 6600 Franken pro Jahr. Das verfügbare Vermögen darf 20 000 Franken nicht übersteigen. Pro Semester erhält dann der Student im Maximum Fr. 3300.—. Der Bezüger der neuen Studienfinanzierung hätte dann nach Maßgabe seines Einkommens und seines Vermögens 15 Jahre nach seinem Studieneintritt während einer Dauer von höchstens 20 Jahren einen Betrag zurückzuerstatten. Liegt sein steuerbares Einkommen unter 24 000 Franken, fällt diese Rückzahlungsverpflichtung dahin. Dem «Lausanner Modell» liegt die heutige Kaufkraft des Geldes zu Grunde, die sich natürlich ändern kann. Die Vorschläge sind auch als Alternative zum Stipendienwesen gedacht, das die Repräsentanten des VSS grundsätzlich ablehnen. Heute werden in der Schweiz insgesamt zirka 40 Millionen Franken Stipendien entrichtet, und es ist vorzusehen, daß diese Beträge noch stark erhöht werden. Wie hoch die elternunabhängige Studienfinanzierung zu stehen kommt, ist noch nicht ausgerechnet. Ein Sprecher des PSS vermutete *120—180 Millionen Franken.*

Selbst wenn für die Stipendien gleichviel aufgewendet würde, halten die Verfechter des Modells diese als verfehlt, weil sie meistens an eine Bedürftigkeitsklausel geknüpft seien.

Die Rückerstattungsgelder würden den Staat teilweise entlasten. Von diesem Staat will man aber auch nicht abhängig werden. Deshalb räumt man ihm kein Kontrollrecht ein, ob der Student nun mit seinem Geld auch wirklich studiert. Staatliche Leistungskontrollen sind verpönt. Man befürchtet einen Leistungsdruck. Gleichsam als Zusatz wird auch die Streichung der Kollegiengebühren und Prüfungsgelder verlangt. Die elternunabhängige Studienfinanzierung wäre aber nicht obligatorisch. gli

«Die Hochschule in der Demokratie — Demokratie in der Hochschule»

Kurze Orientierung über den Inhalt des Vortrages von W. A. Jöhr

zugleich Berichtigung des ersten Berichtes der United Press.

Prof. Jöhr zeigte, daß der Grundriß des demokratischen Staatsaufbaues nicht einfach auf die Hochschulen übertragen werden kann, schon weil man gar nicht sagen könnte, wer das «Volk» im Sinne der Lehre von der Volkssouveränität darstellt. Auf der andern Seite betonte er, daß die Werte, die zur Forderung einer demokratischen Gestaltung des Staates führen, auch für die Hochschule verpflichtend sind. Zwar ist er der Überzeugung, daß das Schwergewicht der Verantwortung bei der Professorenschaft liegen muß, deren Vertreter allein die langjährige Erfahrung besitzen, die für Entscheide über Forschungsprojekte und über die Eignung von Personen für die Forschung erforderlich ist. Wenn aber das Schwergewicht der Verantwortung bei der Professorenschaft liegt, so muß diese Verantwortung auch durch entsprechende Regelung der Kompetenzen verankert werden. Prof. Jöhr prüfte auch, ob es nicht möglich sei, die Mitwirkung des Mittelbaues und der Studentenschaft auf dem Wege eines Vernehmlassungsrechtes zu lösen, aber er wies darauf hin, daß zwar einiges für diese Lösung sprechen würde, diese aber durch die Entwicklung der letzten Jahre bereits überholt sei. Infolgedessen befürwortete er eine Lösung, bei der relativ kleine Delegationen des Mittelbaues und der Studentenschaft in die Organe der akademischen Selbstverwaltung eingegliedert werden, wobei die Größe dieser Vertretung je nach der Größe des entsprechenden Organes der akademischen Selbstverwaltung variieren würde. Um aber auch diesen Vertretern das Gefühl der vollen Verantwortung zu geben, empfahl er deren Ausstattung mit demselben Stimmrecht, wie es die Professoren bzw. ihre Vertreter haben. Diese Delegationen müssen nach der Auffassung des Referenten auch in allen Sachfragen das Recht haben, diese mit den leitenden Gremien ihrer Organisation zu besprechen.

Im Bereiche der personellen Fragen, wie Beurteilung eines Doktoranden auf Grund seiner Dissertation, Habilitation, Beförderung und Besetzung von Lehrstühlen, erscheint jedoch diese Art der Beteiligung an der hochschulinternen Willensbildung nicht als angemessen. So muß es schon der Doktorand als kränkend empfinden, wenn Studenten, die selbst noch nicht den Beweis erbracht haben, daß sie in der Lage sind, eine Dissertation zu verfassen, bei der Beratung über die Doktorarbeit eines Kandidaten mithören, mitreden und mitbestimmen können. Genau dasselbe gilt auf den höheren Stufen für Habilitationen, Beförderungen und Berufungen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Prof. Jöhr für ein Mitbestimmungsrecht von Mittelbau

und Studentenschaft eintritt, daß er aber dieses auf Sachfragen beschränken möchte und bei der Ausgestaltung der Mitbestimmung dem Umstande Rechnung trägt, daß die Hauptverantwortung für die Entwicklung der Hochschule bei der Professorenschaft liegen muß.

Schule und Dritte Welt

Das Wiener Institut für Entwicklungsfragen veranstaltete in Zusammenarbeit mit der deutschen, der österreichischen und der schweizerischen UNESCO-Kommission vom 7. bis 11. April in Wien einen Kongreß, an dem Themen aus dem Problemkreis «Schule und Dritte Welt» besprochen wurden. Das Einführungsreferat hielt Winfried Böll vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn. Die Phase der naiven Vorstellung über Entwicklungshilfe, so führte der Referent aus, ist heute noch nicht überwunden. Die Harmonie der Ziele und Interessen zwischen Industriegesellschaft und Dritter Welt wird oft noch als selbstverständlich vorausgesetzt. Man meint, Entwicklungshilfe als Friedensförderung könne zu Ruhe und Ordnung beitragen. Erfolgreiche Entwicklungshilfe erzeugt aber nicht Ruhe, sondern Unruhe und offene Konflikte. Nur in harten Auseinandersetzungen und Kämpfen liegt eine Chance zu den so notwendigen Wandlungen der Strukturen.

Entwicklungspolitik muß heute mehr und mehr als ein Ansatz begriffen werden, von dem aus jene wirtschaftlichen und politischen Strukturen verändert werden können, welche Unterentwicklung, d. h. sozio-ökonomische Abhängigkeiten und Ausbeutungen ständig reproduzieren. Es geht nicht mehr um einige 100 Millionen Dollar mehr oder weniger für die Hilfsfonds, sondern um die Bereitschaft zu langfristigen Verpflichtungen, um Verzicht auf Privilegien, um Konditionen in Handel und Kapitaltransfer, die langfristig die Schwächeren begünstigen. Es geht um die Solidarität mit progressiven Kräften in den Entwicklungsländern selbst und um Anpassungen in den Industriegesellschaften an ein Modell des internationalen Zusammenlebens, das eine gleichmäßigere, gerechtere Verteilung der Chancen garantiert, die Teilhabe an der Produktion, an der Verteilung der Güter, an Bildung und an Mitbestimmung über die Normen und Entscheidungen des sozialen und ökonomischen Lebens gewähren. Diese Veränderungen sind nicht irgendwann einmal, sondern unter erheblichem Zeitdruck in einer revolutionären Situation zu bewirken.

Das Interesse der Öffentlichkeit für die Entwicklungsländer ist in den letzten Jahren gestiegen. Leider fehlt aber in weitesten Kreisen die Einsicht, daß im Wirtschaftssystem der Industrieländer Faktoren für die Armut der farbigen Völ-

ker zu suchen sind. Hier kommt der Schule die Aufgabe zu, Denkstrukturen zu verändern. Die Parteinahme kritischer Jugend für die Dritte Welt hat bereits da und dort das Denken in den Institutionen verunsichert. Immer mehr müssen die eigenen begriffen werden. Es muß bewußt werden, daß «die Welt ein Dorf ist, daß wir einer Weltgemeinschaft angehören» (Pearson-Rapport). Über Lernprozeß und Methoden beim Unterricht über die Dritte Welt sprach Dr. Karl Frey, Universität Freiburg/Schweiz. Das sehr subtile Referat gipfelte in einigen Forderungen. Es sollen in den Schulbüchern alle Informationen eliminiert werden, welche in den Schülern Barrikaden gegenüber der Dritten Welt aufbauen. Zudem müssen die eigenen Verhältnisse sachlicher, außenweltbezogener dargestellt werden. Das Hauptproblem bei der Positivierung des Lernkontextes findet sich nach Frey allerdings nicht auf der Seite der Lehrmittel, sondern bei den Lehrern. Hier müßte die Lehrerweiterbildung einsetzen. Im weiteren forderte Frey die Entwicklung spezieller Lernmodelle als Unterrichtshilfe. Der Lehrer darf sich in der Wahl eines Themas über die Dritte Welt nicht von mehr oder weniger zufälligen Informationen leiten lassen. Es geht ja nicht einfach um Vermittlung von Wissen, sondern um Einsicht in Sachzusammenhänge, um Abbau von Vorurteilen, von sozialer Distanz und Diskriminierung.

Es müßten deshalb genaue Lernziele formuliert werden (Kenntnisse, Einstellungen, Verhaltensbereitschaften, Begriffe) und zwar durch Fachleute, welche sich aus Personengruppen der Dritten Welt, der Entwicklungshilfe, der Politik, der Lehrerschaft usw. zusammensetzen.

Allgemein war man der Ansicht, daß der Entwicklungsproblematik in unseren Lehrplänen zu geringes Gewicht beigemessen wird. Sie müßte im Rahmen der herkömmlichen Unterrichtsfächer stärker berücksichtigt werden. Dabei wären allerdings Akzentverschiebungen nötig. Es soll Lehrer geben, die beispielsweise im Fach Geographie alle Nebenflüsse der Donau auswendig lernen lassen und in Geschichte sich in detaillierte Institutionenschilderungen der Staatsverfassung verlieren, aber kaum je für die Entwicklungsproblematik relevante Themen angehen.

Eine weitaus stärkere Berücksichtigung der Entwicklungsproblematik in der Lehrerfortbildung wurde daher dringend gefordert. V. A.

Fluor-Tabletten: Wer trägt die Verantwortung?

Bekanntlich wird an den Schaffhauser Schulen seit einiger Zeit Natrium-Fluorid in Tablettenform abgegeben, weil die Einnahme von Fluor die Zähne gegen die Karies (Zahnfäule) resistenter macht. Wie kürzlich in der Presse zu lesen war, ist aber die Frage sehr umstritten, ob das künst-

lich zugeführte Fluor — natürliches Fluor kommt auch in der Nahrung vor, wie zum Beispiel in Vollkornprodukten, Schalenkartoffeln — nicht mehr schade als nütze.

Weil die Einnahme der Tabletten freiwillig ist, müssen die Eltern entscheiden und tragen damit auch die Verantwortung. Neben jenen Stimmen, die einseitig nur die positiven Seiten erwähnen und Fluorpräparate bei richtiger Dosierung ohne Bedenken empfehlen, werden die verantwortungsbewußten Eltern aber auch die Mahnungen der Wissenschaft in Erwägung ziehen. So wird zum Beispiel in «Statement of Medical Faculty University Gothenburg» darauf hingewiesen, daß die Ungiftigkeit eines Stoffes schwer zu beweisen sei. Phenacetin sei ein halbes Jahrhundert gebraucht worden, bis man festgestellt habe, daß schwere Nierenerkrankungen mit tödlichem Ausgang auf den Gebrauch dieses Mittels zurückzuführen waren. Der Schrift «Kultur und Politik» von Dr. Müller, Großhöchstetten, entnehme ich weiter folgende Zitate von Wissenschaftlern: Dr. Holman, Chief Bacteriologist Welsh National School of Medicine: «Die bewußte Beigabe des Mäusegiftes Natrium-Fluorid mit der Absicht, den Beginn der Zahnkaries hinauszuschieben, ist eine höchst unwissenschaftliche, unästhetische Maßnahme... In jedem Fall wird dadurch die Ursache der Zahnkaries nicht angegangen.» Dr. Waldbott, Allergie-Spezialist am Harper and Womens Hospital in Detroit: «Ich beobachtete, daß allergische Patienten aus Städten mit fluoriertem Trinkwasser nicht nur allergische Erscheinungen, sondern ausgesprochene Vergiftungen aufwiesen, die durch die dem Wasser zugesetzten minimalen Fluordosen verursacht wurden.» Dr. A. L. Miller, Gesundheitsdirektor, Nebraska (über eine Statistik, die Kariesrückgang durch Fluoridierung bestätigte, aber auch eine Verdoppelung der Nierenkrankheiten, Herz- und Hirnschäden): «Was helfen den Kindern die schönsten Zähne, wenn dafür andere schwere Krankheiten gewaltig zunehmen?» Das sind nur einige Stimmen von vielen. Bezeichnend ist auch die Warnung des Amerikanischen Landwirtschaftsministeriums, für die Schweine fluoridiertes Trinkwasser zu verwenden, weil dieses die Züchterfolge stark beeinträchtigt... Viele Gemeinden in den USA hätten die Fluoridierung des Trinkwassers wieder eingestellt.

Die größte Gefahr

der Abgabe von künstlichen Fluorprodukten auf breiter Basis liegt aber m. E. darin, daß dadurch die Versuche, die Menschen wieder vermehrt zu einer vollwertigen Nahrung zurückzuführen, untergraben werden. In seinem Buch «Gesunde Zähne von der Kindheit bis ins Alter durch richtige Ernährung, ein Gradmesser der allgemeinen Gesundheit» (Bircher-Benner-Verlag, Erlenbach) weist Dr. med. dent. J. G. Schnitzer darauf hin, daß es töricht sei, die Karies als

Symptom und Warnsignal einer Mangelkrankheit durch Fluor zum Schweigen zu bringen, statt die Ursachen durch entsprechende Ernährung zu beheben (was in den Kriegsjahren der Fall gewesen ist). Dr. M. O. Bruker, Facharzt für innere Krankheiten und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Arbeitskreises für Gesundheitskunde, schreibt über den Weg zur echten Prophylaxe folgendes: «Jede Gesundheitsplanung ist zum vorneherein verurteilt, wenn nicht Feinmehle durch Vollkornprodukte ersetzt werden und der Genuß des Fabrikzuckers drastisch reduziert wird.» Dabei müsse die Unterrichtung der Ärzte über Prophylaxe durch gesunde Ernährung in den Stundenplan der medizinischen Hochschulen miteinbezogen werden. Es ist zu hoffen, daß auch bei uns an den Schulen jeder Stufe und in der Öffentlichkeit noch viel mehr konkrete Aufklärung in diesem Sinne betrieben werde.

Das Problem der Zahnfäule ist als Ernährungsfrage für alle Beteiligten offensichtlich ein Charakterproblem, eine Frage der Ehrfurcht vor der Natur. Die Natur läßt sich aber auf die Dauer nicht überlisten. So oder so fordert sie ihren Tribut.

Emil Rahm, Hallau, in: «Memopress» Nr. 1/1970

«Morbus Scheuermann» — Gefahr für alle Kinder

In letzter Zeit häufen sich bei Kindern und Jugendlichen die Fälle einer schrecklichen Krankheit, von der die Wirbelsäule angegriffen wird und die mit einer Verkrüppelung für das ganze Leben enden kann. «Morbus Scheuermann» ist der Name dieses Leidens. Der «Morbus Scheuermann» wurde von einem dänischen Arzt dieses Namens im vorigen Jahrhundert genau beschrieben, hat aber eigentlich nie eine besondere Beachtung gefunden. Man nennt diese Entartungskrankheit auch «Adoleszentenkyphose» und versteht darunter eine Buckelbildung in der Brustwirbelsäule, die meist um das 15. Lebensjahr herum beginnt, relativ langsam fortschreitet und gegen Ende des zweiten Lebensjahrzehnts mit arger Defektbildung abheilt.

Es mag sein, daß diese Krankheit, über deren Ursache man sich heute noch keine genauen Vorstellungen machen kann, früher einmal sehr selten aufgetreten ist. Zumindest ist sie beispielsweise in den Protokollen der militärischen Musterungskommissionen früherer Jahrzehnte kaum vermerkt. Auch gibt es unter den heute lebenden älteren Menschen nur sehr wenige, die jene so typischen Veränderungen der Wirbelsäule besitzen.

Heute aber ist der «Morbus Scheuermann» häufig genug

Es gibt Schulklassen, in denen fast ein Drittel der Kinder eine Anlage zu diesem furchtbaren Übel

aufweisen. Schon in der Volksschule zeigen sich an der Wirbelsäule gewisse Veränderungen, die dem kundigen Arzt die kommende Katastrophe anzeigen. Die Schulterblätter stehen eigenartig weit vor, die Wirbelsäule scheint sehr nach innen gebogen zu sein, und beim Bücken bildet sich nicht jene ideale Krümmung, die auf eine absolute Gesundheit der ganzen Wirbelsäule hinweisen würde. Das kann — glücklicherweise ist diese Variante häufiger — ein simpler Haltungsfehler sein, der sich leicht korrigieren läßt.

Es kann aber auch der «Morbus Scheuermann» auf diese Weise beginnen, doch lassen auch genaue Untersuchungen zunächst eine exakte Diagnose nicht zu. Auch das ist ein arges Hindernis bei der Bekämpfung der Krankheit. Erst allmählich beginnen sich die Wirbelknochen zu verändern, sie schrumpfen und degenerieren, und damit ist das Übel schon weit fortgeschritten. Eine Röntgenaufnahme schafft dann sofort Klarheit.

Mit 18 Jahren bucklig

Es ist also ein tückisches Leiden. Mehr oder minder rasch schreiten dann die Veränderungen in der Wirbelsäule weiter, und so um das 18. Lebensjahr herum kommt alles zum Stillstand, die Defekte verknöchern und übrig bleibt ein ganz charakteristischer Buckel, der das ganze Leben hindurch recht große Beschwerden verursachen kann. Zumindest aber besteht dann eine Einschränkung in der ganzen Beweglichkeit — von den rein kosmetischen Folgen ganz zu schweigen. Eine einfache Rechnung möge die ganze Gefährlichkeit dieser Krankheit aufzeigen; vom Augenblick der richtig gestellten Diagnose bis zum Stillstand des Leidens vergehen maximal drei bis fünf Jahre, der Zeitraum, in dem überhaupt erfolgreich etwas getan werden kann, ist demnach recht kurz. Ein paar Jahre hat man, um das Schlimmste zu vermeiden, und betrüblicherweise sind die jungen Menschen gerade in diesem Alter außerordentlich gleichgültig gegen alles, was die Gesundheit betrifft.

Da sollte man sehr viel turnen — aber richtig!

Man sollte in eigens eingerichteten Turnschulen diejenigen Übungen lernen, die eine erkrankte Wirbelsäule wieder strecken können, da müßte man sehr viel schwimmen, an Turnringen mehrmals am Tag hängen. Da gäbe es Massagen und eventuell auch Mieder, die den erkrankten Teil der Wirbelsäule hineindrücken und so die Buckelbildung verhindern.

Man muß ununterbrochen etwas tun, will man den «Morbus Scheuermann» wirklich mit dauerndem Erfolg bekämpfen, und all dies müßte geschehen während jener Jahre, in denen das Kind in die Schule geht, Aufgaben machen muß, an sich meist irgendwie widerborstig ist, den

Ernst der Lage gar nicht erfassen kann und sich vielleicht zutiefst über diese Krankheit kränken kann. Anatomisch richtige Schulbänke wären besonders wichtig — fehlen aber oft auch in «modernen» Mittelschulen!

Das sind, alles zusammen betrachtet, sehr große Schwierigkeiten: die zeitgemäße Diagnose, die sofortige Einleitung einer systematischen Behandlung und die dauernde Überwachung des Krankheitsprozesses. Man muß zugeben, daß es nicht leicht ist, den «Morbus Scheuermann» überall vom ersten Augenblick an zu bekämpfen, weil man eben an dieses Übel gar nicht denkt und vielfach die größte Unkenntnis anzutreffen ist.

Daher ein gewichtiger Rat:

Eltern müssen in der heutigen Zeit mit dieser Krankheit bei den Kindern rechnen. Wenn sie ihr Kind genau ansehen und die Schulterblätter stehen weit ab, eine Schulter ist vielleicht tieferstehend, die Wirbelsäule ist zu stark gekrümmt, dann immer wieder das Kind dem Orthopäden vorstellen, immer wieder zu den Kontrollen kommen. Man kann hier nicht vorsichtig genug sein; wenn es zu spät ist, dann kann man gegen den Buckel nichts mehr tun! Dr. med. H. F. H.

Wird unsere Jugend durch Rauschgift gefährdet?

se. In neuester Zeit häufen sich die Klagen über die bedenkliche Zunahme der Rauschgiftsucht auch in der Schweiz. In Sorge ist man besonders über die Einstellung der Jugend zu den Betäubungsmitteln. Es scheint, daß nur eine umfassende Aufklärung über die möglichen Folgen der halluzinogenen Drogen die drohende Gefahr einzudämmen und vor allem die Jugend zur Vorsicht zu mahnen vermag.

Wohl in richtiger Einschätzung der Bedeutung dieser bedenklichen Zeiterscheinung hat das in seinem 30. Jahrgang stehende Basler Schulblatt, das vom Erziehungsdepartement und von der Freiwilligen Schulsynode Basel-Stadt herausgegeben wird, seine erste Nummer dieses Jahres der «Rauschgiftwelle» gewidmet. Uns interessiert hier speziell der Beitrag der Psychiater Professor Dr. Paul Kielholz und Dr. D. Ladewig. Wir entnehmen den bemerkenswerten Ausführungen einige nähere Angaben.

In vielen europäischen Großstädten hat sich in den letzten Jahren der Haschisch- und Marihuanaßbrauch unter Jugendlichen und Heranwachsenden (14- bis 25jährigen) von Norden her überraschend schnell, in einigen Städten fast explosionsartig ausgebreitet. Eine Untersuchung in Dänemark ergab, daß in Kopenhagen zirka 25 Prozent der Mittelschüler und Studenten über Erfahrungen mit Marihuana verfügen und daß acht Prozent regelmäßig Marihuana rauchen.

Haschisch wird von den Jugendlichen selbst,

neuerdings auch durch organisierte Schmuggelbanden aus dem Vorderen Orient (Hauptumschlagplatz ist Istanbul) nach Europa geschmuggelt. In Europa selbst werden Haschisch (Harz) und Marihuana (Blätter und Blüten) fast ausschließlich mit Tabak vermischt in Zigaretten oder Pfeifen geraucht.

Wie die Psychiater schreiben, entsteht der Rauschzustand durch Inhalieren, wobei eine gehobene Grundstimmung, Assoziationsreichtum, erhöhte Phantasie und wohlige Gleichgültigkeit resultieren. Bei hohen Dosen können psychotische Zustandsbilder mit Halluzinationen und Angstattacken auftreten. Bei *intensivem Mißbrauch* treten ängstlich-depressive Verstimmungszustände, psychotische Zustandsbilder mit Halluzinationen und Verfolgungsideen und Delirien auf. Der chronische Haschischmißbrauch führt schnell zu einer psychischen Abhängigkeit. Ist der Organismus an hohe Dosen gewöhnt, lassen sich beim Entzug des Rauschgifts leichte Abstinenzsymptome nachweisen.

Die Jugendlichen gehen rasch auf stärker wirkende Drogen über. Bei Haschischabhängigen und Polytoximannen (d. h. bei Personen, die gleichzeitig von mehreren Drogen abhängig sind) zeigen sich schon früh *Willensschwäche, Interesserverlust, allgemeine Gleichgültigkeit und Apathie mit deutlichen Verwahrlosungstendenzen* (Aufgabe des Studiums, Schwänzen der Schule, Abbrechen der Lehre, Herumstreunen). Nach den Beobachtungen der Ärzte wird Haschisch fast immer in gemischt-geschlechtlichen Gruppen geraucht. Die Jugendlichen schließen sich zu *Geheimbänden* zusammen. Sie entstammen vorwiegend dem Mittelstand. Am häufigsten treffen sich Kunstgewerbeschüler, Mittelschüler, Studenten und vereinzelt Gammler zu Haschischparties.

Die *auslösenden Motive* sind vielfältig: Neugier, Erlebnishunger, Angst vor Vereinsamung, Suche nach Gleichgesinnten und gemeinsamem Erleben, Selbsterfahrung und Selbsterkenntnis. Die eigentlichen Motive liegen aber tiefer:

Die Hälfte der Jugendlichen entstammt einem «broken home», 72 % leben in Konfliktsituationen mit Familie oder Beruf und befinden sich in Ablehnung und Opposition zu den Eltern. Empfindsamkeit, Aggression, verspätete Pubertät, Mangel an echten mitmenschlichen Beziehungen sowie Angst vor Vereinsamung lassen die Jugendlichen aus der Realität in eine Wunschwelt flüchten.

Die genannten Psychiater sehen die *beste Prophylaxe* in der Aufklärung, in der Erziehung und in der echten mitmenschlichen Beziehung in der Familie. Die Bevölkerung müsse aber auch darüber aufgeklärt werden, daß Haschisch und Marihuana *keine harmlosen Drogen* sind, sondern

zu schweren psychischen Schädigungen und Drogenabhängigkeit führen können.

Der Haschischmißbrauch, so folgern die erfahrenen Psychiater, ist oft ein Schrittmacher für andere, gefährlichere Süchte. «Die Prognose ist bei dem jugendlichen Alter der Drogenabhängigen ungünstig, und es ist deshalb unverantwortlich, die Gefahren des Haschischmißbrauchs zu bagatellisieren.»

Es wird eine vordringliche Aufgabe der Eltern, Lehrkräfte und Vorgesetzten sein, unermüdlich prophylaktisch, aufklärend und erziehend zu wirken und die heranwachsende Jugend auf die wachsenden Gefahren der Rauschgiftsucht unablässig hinzuweisen.

Bodensee-Seminar für Berufsberatung 1970

Auf Einladung des Deutschen Verbandes für Berufsberatung hat kürzlich in Konstanz ein Internationales Seminar über Fragen der Berufs- und Bildungsberatung stattgefunden, an dem neben Deutschland und Österreich auch die Schweiz vertreten war. Nach einleitenden Referaten zu den Themenkreisen «Vorberufliche Bildung, Schullaufbahnberatung und Berufsberatung», «Studienberatung und Berufsberatung im Hochschulbereich» und «Aus- und Fortbildung der Berufsberater», pflegten die über 200 Teilnehmer in Arbeitsgruppen einen regen Gedanken- und Informationsaustausch.

In Deutschland entstehen zur Zeit innerhalb der Schulen, insbesondere bei Experimenten mit der integrierten Gesamtschule, neue Beratungsdienste für die Schullaufbahnberatung. Auch im Hochschulbereich werden in Zukunft vermehrt Studienberatungsstellen eingerichtet. Die sich abzeichnende Spezialisierung der Beratung wurde in den Arbeitsgruppen eingehend diskutiert. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen, daß diese Beratungsdienste in gegenseitiger enger Kontaktnahme aufzubauen sind. Dabei sollten die Fragen der verwaltungsmäßigen Organisation so gelöst werden, daß die Interessen des Ratsuchenden mit seinen Problemen der Schul-, Berufs- und Studienwahl im Vordergrund stehen.

Was die Aus- und Weiterbildung der Berufsberater anbetrifft, so konnte festgestellt werden, daß die seit einem Jahr gültige Ausbildungskonzeption des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung den erst im Planungsstadium befindlichen Bemühungen der beiden Nachbarländer als Modell vorschwebt.

Kennen die Mitglieder Ihrer Schulbehörde die «Schweizer Schule»?
